



Das offene Personenbündnis für ein demokratisches, ökologisches und solidarisches Stuttgart

Daseinsvorsorge und Handlungsfähigkeit

Grundlage einer sozialen und nachhaltigen Gesellschaft ist eine solidarische Ökonomie. Eine solidarische Ökonomie basiert auf der gleichberechtigten Teilhabe aller am Wirtschaftsprozess. Es geht also um eine Wirtschaftsform, deren Regulativ nicht der Profit ist, sondern Solidarität, Gerechtigkeit und der nachhaltige Umgang mit Energie und Ressourcen. Wasser, Boden und Luft sind keine Waren, sondern die natürlichen Lebensgrundlagen aller. Selbstbestimmung und Demokratie müssen zum bestimmenden Kern unserer Lebens- und Produktionsweise werden. Selbstverständlich gilt es, für öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Daseinssicherung wirtschaftliche Organisationsformen zu finden, die nicht profitorientiert arbeiten.

Auf kommunaler Ebene gehören zur Daseinsvorsorge und Daseinssicherung die Wohnungen der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG), der Betrieb und die Infrastruktureinrichtungen des Gesundheitswesens, der Energie- und Wasserversorgung genauso wie die Einrichtungen der Abfall- und Abwasserbeseitigung (AWS und SES) oder des öffentlichen Nahverkehrs (SSB), aber eben auch wichtige Bildungseinrichtungen, wie Kinderhorte, Tagheime, Schulen und Bibliotheken. All diese Einrichtungen haben in erster Linie dem Wohl der StuttgarterInnen zu dienen und dürfen erst in zweiter Linie betriebswirtschaftlich betrachtet werden, sie sind keine Waren und gehören unter kommunale Kontrolle oder besser in kommunales Eigentum. Sie dürfen nicht leichtfertig für kurzfristige, spekulative Geschäfte missbraucht werden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die Daseinsvorsorge die Haupt-

aufgabe der Kommune. Sie garantiert die gleichberechtigte Teilhabe aller an unserer Stadt und steht in besonderer Verantwortung gegenüber den sozial Schwachen und Ausgegrenzten.

Obwohl mit Cross-Border-Leasing (CBL) bei der Bodensee- und Landeswasserversorgung zweistellige Millionen-Beträge verzockt wurden, will im Stuttgarter Gemeinderat noch keine der Fraktionen an die Rückabwicklung der eigenen Verträge für die Kläranlagen und Abwassernetze denken. Wir fordern die sofortige Rückabwicklung aller Cross-Border-Leasing-Verträge, nicht nur weil CBL ein unmoralisches und hoch riskantes Geschäft ist, sondern auch deshalb, weil nach den neuesten Urteilen in den USA die Rechtsgrundlage und damit auch die Geschäftsgrundlage für diese Verträge entfallen ist.

Die Privatisierung der Strom-, Gas- und Wasserversorgung war ein Fehler. Hier wurde eine hoheitliche Aufgabe der Kommune verkauft, um die Erlöse in Wertpapieren und Aktien zu investieren. Für diese spekulativen Anlagen wurden weder ökologische noch soziale Anlagekriterien vorgeschrieben. Für die Fraktionen im Gemeinderat zählte nur die Rendite. Statt auf krisensichere Einnahmen aus städtischen Energie- und Wasserwerken zu setzen, wurde an internationalen Finanzmärkten gezockt.

Seit 2005 fordert das Parteifreie Bündnis SÖS, vertreten durch Stadtrat Rockenbauch, die Rekommunali-

sierung der Energie- und Wasserversorgung, inklusive der Zewerkverbandsanteile. Die Haushaltsanträge von SÖS dazu wurden auch mit den Stimmen der SPD und der Grünen jedesmal abgelehnt.

Statt Geld unkontrolliert und spekulativ in Spezialfonds bei Banken anzulegen, wollen wir dieses Geld lieber in die neuen „Technischen Werke Stuttgart“ investieren. Dabei setzen wir nicht nur auf den Netzzrückkauf, sondern wir wollen auch gleichzeitig in die dezentrale Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen einsteigen. Deswegen lehnen wir es ab, städtische Rücklagen in Höhe von ca. 950 Millionen Euro zur Rettung der LBBW, die Milliarden verzockt hat, zu verwenden. Es kann nicht Aufgabe der Stadt sein, sich an einer international spekulierenden Landesbank zu beteiligen. Eine Eigenkapitalrendite von 15 % für Investoren der LBBW hat nichts mit Daseinsvorsorge zu tun. Wir wollen eine kleine feine Stadtparkasse, die sich auf Privatkunden und den regionalen Mittelstand konzentriert.

Ohne Zugang zu Mobilität sind Kinder, Jugendliche, Rentner und vor allem sozial schlechter Gestellte wie viele große Familien und Hartz IV-Empfänger vom städtischen Leben abgekoppelt. Deswegen stehen wir für eine Verkehrspolitik, die allen VerkehrsteilnehmerInnen, vom Fußgänger angefangen bis zur AutofahrerIn, eine gleichberechtigte Teilnahme an

Am 7. Juni ist Kommunalwahl!

Stuttgart 21 abwählen!



60 Stimmen für SÖS sind 60 Stimmen gegen Stuttgart 21



der Verkehrsinfrastruktur ermöglicht. Straßen müssen wieder zum öffentlichen Raum für alle und nicht nur für Autofahrer werden. Wir wollen in Zukunft in Stuttgart einen kostenlosen Nahverkehr der SSB für alle. Dieser kostenlose ÖPNV soll sich durch eine Umlage für alle AutobesitzerInnen in Stuttgart und eine Citymaut am Kesselrand finanzieren.

Für uns gehört die Sicherstellung von menschenwürdigen und gleichzeitig ökologisch sinnvollen Wohnverhältnissen für alle zur Daseinsvorsorge. Hier kommt der Stadt eine zentrale Rolle zu. Anstelle einer von Großinvestoren und Kapitalverwertungsinteressen bestimmten Stadtentwicklungspolitik stehen wir für eine wirklich demokratische Teilhabe aller Bürger an der Stadtentwicklung und Planung. Damit dies gelingen kann, muss die Stadt eine aktive Bodenpolitik betreiben. Wir wollen, dass die Stadt, anstatt Boden zu verkaufen, einen städtischen Bodenfond anlegt, also Boden erwirbt, um so den Boden

günstig in Erbpacht, aber unter strengen ökologischen Kriterien, für solidarische Bauformen wie z.B. Bauherrengemeinschaften zur Verfügung stellen kann.

Allen Einwohnern, ob aus reichem oder armen Elternhaus, ob Zugewanderte oder mit Migrationshintergrund, ob jung oder alt, müssen die städtischen Bildungseinrichtungen gleichermaßen zu Verfügung stehen. Auf der anderen Seite besteht in einer kulturell so vielfältigen Stadt wie Stuttgart die Chance, dass Völkerverständigung schon von klein auf gelebt wird. Hier kommt dem Sprachunterricht in Schulen eine besondere Bedeutung zu. Wir halten es für sinnvoll, dass z.B. die italienische Sprache in den regulären Schulalltag integriert wird anstatt dass viel Geld für separate Italienischschulen ausgegeben wird. Eine soziale Gesellschaft lässt Migranten teilhaben an der Zukunftsplanung der Stadt und schließt sie nicht aus. Deswegen muss in allen Bereichen der Daseinsvorsorge und

Planung auf mehrsprachige Informationen gesetzt werden.

Eine soziale Gesellschaft erfordert eine gerechte Verteilung gesellschaftlichen und privaten Reichtums. Schließlich sind die Armen arm, weil die Reichen reich sind und umgekehrt. Eine solche Umverteilung kann und muss auf kommunaler Ebene beginnen. Die Steuerungsinstrumente dafür sind im Wesentlichen die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Gerade Stuttgarts Großunternehmen profitieren von einer städtischen Politik der Teilhabe aller. Deswegen müssen sie auch im besonderen Maße zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. ■

Wir wollen:

- kostenlose, bedarfsgerechte und qualifizierte Kinderbetreuung
- Museumsbesuche und Bibliotheksnutzung für Nichtverdiener kostenlos machen
- Ganztageschulen mit echter ganztägiger Betreuung und mit der notwendigen technischen, räumlichen und personellen Ausstattung. Hierzu gehört für uns auch ein kostenloses aber qualitativ hochwertiges Mittagessen
- echte Lernmittelfreiheit an Schulen und Universitäten
- die Rekommunalisierung unserer Energie- und Wasserversorgung
- neue „Technische Werke Stuttgart“, die selber dezentral Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien erzeugen.
- wir unterstützen den Bürgerentscheid www.hundert-wasser.org
- mit einem alternativen Konjunkturprogramm „CO₂-freie Stadt“ zur energetischen Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden nicht nur das Klima schonen, sondern auch das Stuttgarter Handwerk und den Mittelstand fördern
- einen kostenlosen Nahverkehr der SSB in Stuttgart
- die Auflösung aller städtischen Cross-Border-Leasing-Verträge
- eine eigene „Stadtparkasse“
- menschenwürdige und bezahlbare Wohnverhältnisse für alle, auch für Flüchtlinge. Kein Mensch ist illegal!
- dass Stuttgart weiter ein Standort der klinischen Maximalversorgung bleibt. Deswegen braucht das Klinikum Stuttgart mehr finanzielle Spielräume für Zukunftsaufgaben.

Wir lehnen ab:

- Studiengebühren
- dass unsere Stadt als Unternehmen geführt wird
- die Privatisierung der Daseinsvorsorge, ob AWS oder Klinikum Stuttgart
- eine Stadtplanung für Großinvestoren/Kapitalinteressen. Die Stadt gehört allen.

SÖS im Rathaus

SÖS, das bedeutet Stuttgart, ökologisch, sozial. SÖS ist ein Bündnis von Menschen, denen es nicht egal ist, was in und mit Stuttgart passiert – und denen es auch nicht egal ist, was mit der Welt passiert. Seit 5 Jahren ist das Parteifreie Bündnis SÖS durch Stadtrat Hannes Rockenbauch im Gemeinderat vertreten. Als offene Plattform für alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter, die für ein ökologischeres, sozialeres und demokratischeres Stuttgart stehen, tritt das Parteifreie Bündnis SÖS 2009 erneut zur Kommunalwahl an.

Ihre Stimme zählt, wählen Sie die Alternative mit Herz, Köpfchen und Kopfbahnhof K 21!

Unsere 60 SÖS-Kandidaten unter:
www.sös-stuttgart.de

Impressum

Herausgeber:

Stadtrat Hannes Rockenbauch (SÖS)
Reinsburgstraße 109a, 70197 Stuttgart
Telefon: 0711 6741969
hannes.rockenbauch@stuttgart.de
www.sös-stuttgart.de

Redaktion und Produktion:

Michael Weiß, Eugenstraße 12,
70182 Stuttgart, Tel./Fax 0711 260958

Spenden an SÖS:

Wenn Sie die Arbeit des Parteifreien Bündnis SÖS unterstützen wollen, überweisen Sie bitte Ihre Spende auf folgendes Konto: Kontoinhaber: SÖS Stuttgart Ökologisch Sozial, GLS Gemeinschaftsbank eG, Kto.-Nr. 68998700, BLZ: 43060967.

Bitte geben Sie als Verwendungszweck Spende und, sofern Sie eine Zuwendungsbestätigung brauchen, Ihre vollständige Anschrift an.